

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 22 (1928)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dent auf einer einheitlichen geistigen Grundlage zu einem erspriesslichen geistigen Wettbewerb zwischen den beiden Menschheitskreisen führen kann. Das wachsende Einheitsbewusstsein der Menschheit kann zur Zusammenarbeit, es kann aber auch zu grossen Katastrophen von unvorsehbarer Ausmasse führen. Welchen Weg es gehen wird, kann auch davon abhängen, ob es den Missionen gelingen wird, mit ihren eigenen Grundsätzen ernst zu machen und vor allem die Regierungen zu bewegen, dass auch sie diese Grundsätze nicht nur bekennen, sondern ausüben.

H a n s K o h n (Jerusalem).

Erstlinge.

Ein Hügelrain; daran ein einz'ger Baum,
der blütenübersät, wie wartend steht,
indes der Abend leis und kühldurchweht
mit blassen Schleiern füllt den weiten Raum.
Noch einmal goldet sich der Hügelsaum,
und wie ein Märchen, das durch Träume geht,
wie eine Flamme, wie ein Lichtgebet
ragt über Dämmerland der Blüentraum.
So stehst — ein Erstling — du in uns'rer Zeit,
die tastend schwer um ihren Frühling ringt
und grauen, nebelhaften Reigen schlingt.
Du stehst und kündest deine Botschaft weit,
dass sie zum ärmsten deiner Brüder dringt, —
dir aber dräut der Frost der Einsamkeit! —

C a r o l i n a L u t z.



Rundschau

Zur Chronik.

Man wird nicht versucht sein, von einem Pfingsthauch zu reden, der durch die heutige Menschenwelt ginge und den wir doch so heiss ersehnen, den wir doch so bitter nötig hätten. Aber vielleicht dürfen wir wenigstens sagen: „Und der Geist Gottes schwebte über den Wassern.“ Diesen Eindruck kann wohl der Bericht über die Missionskonferenz in Jerusalem erwecken, den dieses Heft bringt. Die Bewegung auf eine Einheit der Menschheit hin schreitet sichtbar genug fort, und aus dieser Bewegung tauchen die grossen Fragen dieser Weltperiode, ja in der Ferne sogar als leuchtende Gipfel die letzten Ziele der Menschheitsgeschichte auf.

In

C h i n a

hat die zeitweilig zum Stillstand gekommene Bewegung neu eingesetzt. Die Südlichen marschieren auf Peking, das ihnen offen zu stehen scheint. Ob sie es diesmal erreichen? Und was dann? Wenn doch die „christlichen“ Gross-

mächte diesem unglücklichen grossen Volke, das eine neue Einheit und eine neue Lebensform sucht, zu Hilfe kämen, statt es — wie wir annehmen müssen — offen oder versteckt daran zu verhindern. Sie werden es einst schwer büssen müssen — und wir alle mit ihnen — wenn sie diese Gelegenheit, die vielleicht die letzte dieser Art ist, nicht benützen, sie vielmehr missbrauchen. Was J a p a n mit seinem Eingreifen will, lässt sich aus der Ferne schwer beurteilen. Vielleicht ist es bei der Abfassung der nächsten Chronik klar. Es ist jedenfalls eine elende Sache, dass wir wieder einmal zusehen müssen, wie ein Mitglied des Völkerbundes ein anderes, statt bessere Mittel zu benützen, sofort mit Kriegsschiffen, Maschinengewehren und Fliegerbomben anfällt und das Völkerbundssekretariat im Angesicht solcher gewaltiger Aufgaben erklärt, mit dem Gesuch der chinesischen Südregerung um Intervention sei „juristisch nichts anzufangen“. Das ist also für diese Völkerbundsbeamteten die Hauptsache, ob mit einer Sache „juristisch etwas anzufangen ist“?

Inzwischen versinkt jenes ungeheure Volk, das ein Viertel aller Menschen zu seinen Gliedern zählt, immer tiefer in entsetzliche Not. Millionen flüchten aus ihren Wohnsitzen, um dem Hungertod zu entgehen. Sie lassen sich wie Heringe in überfüllte Schiffe stopfen, versinken mit überfüllten Booten, frieren und erfrieren ohne Obdach in der Winterkälte. Und wir legen uns bei unserem sicheren Mittagessen und warmen Bett nicht darüber auf! Vielleicht werden sich unsere Kinder und Enkel desto mehr aufregen müssen, falls sie dann nicht zu elend sind, um sich noch aufzuregen. Denn das Schicksal Europas wird dort im „fernen Osten“ mitentschieden.¹⁾

In

Indien

scheint England auch die ihm noch gegebene Frist nicht zu verstehen. Es sendet zur Verhandlung aktueller Reformen eine Kommission hin (die Simon-Kommission), die nur aus Engländern besteht und von den Indiern darum boykottiert wird. Inzwischen — wer weiss? — naht sich vielleicht rasch der Tag des grossen Abfalls. Ebenso vielleicht in

Aegypten.

England zeigt diesem die starke Faust, und für eine Weile mag die es schon tun, aber ob auf die Länge? Ueberall in Afrika, so gut wie in Asien, ist die Gärung gross.

Die ganze Negerwelt

erhebt sich nach und nach gegen die Weissen.

Gewiss, diese Probleme sind schwierig und man kann sie nicht über Nacht und mit doktrinärem Radikalismus lösen, aber ob das konservative England, ob auch nur das liberale und das sozialistische England, sich bewusst sind, wie weit der Zeiger der Uhr vorgerückt ist?²⁾

¹⁾ Statt zu helfen, tragen wir zum Verderben Chinas und der östlichen Völker überhaupt besonders auch auf zwei Wegen bei: durch gewaltige Waffenlieferungen und ebenso gewaltige Einfuhr von Opium, Morphinum, Heroin und andern Betäubungsmitteln, deren physische und moralische Folgen ganz verheerend sind. Davon ein a n d e r m a l mehr.

Nicht verschwiegen werden darf besonders das gewaltige Mass amerikanischer Hilfe für die chinesische Not, wie auch Amerikas Politik gegenüber China die beste ist, sei's nun aus idealen oder andern Motiven.

²⁾ Anfangs November des letzten Jahres fand in S h a n g h a i die zweite Panasiatische Konferenz statt. Sie bot nicht gerade das Bild vollendeter asiatischer Eintracht. Die Chinesen forderten von den Japanern als Zeichen panasiatischer Gesinnung den Rückzug ihrer Truppen aus der Mandschurei und die Aenderung ihrer aggressiven Haltung gegen China. Mit den Chinesen gingen die Indier. Diese Forderungen wurden später noch weiter ausgestaltet.

Der Gegensatz von

England und Russland,

der eine Zeitlang zurückgetreten war, taucht wieder auf. Lord Birkenhead reist nach Berlin und man munkelt sofort, dass er dabei hauptsächlich das Ziel im Auge habe, Deutschland für den antirussischen Block zu gewinnen. In Russland scheint man immerfort von der Furcht vor einem solchen Angriff der ganzen kapitalistischen Welt auf Sowjet-Russland beherrscht zu sein. Daher gewisse kriegerische Töne, die dort etwa angeschlagen werden und die also bloss ein Produkt der Angst vor uns sind. Diese Furcht ist wohl übertrieben. Die kapitalistische Welt ist nicht so einheitlich, dass man sie leicht zu einem solchen Block zusammenbringen könnte. Gegen einen solchen Angriff auf Russland würden sich im Innern der „kapitalistischen“ Völker Widerstände regen, die herauszufordern man nicht so schnell wagen wird. Aber dass es in gewissen Kreisen einen solchen Plan gibt, ist wohl kaum zu bezweifeln.

Im

Osten Europas

ist die Gärung auch immer gross. Es brodelt in dem berüchtigten „Hexenkessel“. Durch Rumänien gehen revolutionäre Zuckungen. Ungarn brütet über seine Revanche und wird darin von Lord Rothermere und Mussolini unterstützt. Die Tatsache, dass ein erfolgreicher Zeitungsmann wie jener heutzutage als eine selbständige politische Macht auftritt, ist für die Signatur der Zeit charakteristisch. — Auf dem Balkan und in Kleinasien werden Minen und Gegenminen gelegt. Betrüger versuchen einander zu benützen. Die Völker aber kommen nirgends wirklich zum Wort, sind zu unwissend oder zu apathisch oder zu dumm dazu.

Mussolini

sucht die Lage für seine Zwecke auszubeuten. Nach der jetzt geläufigen Annahme ist seine ganze äussere Politik auf die Auseinandersetzung mit Frankreich zugespitzt. Vom Mailänder Attentat ist es still geworden. Der Umstand, dass die Gerichtsverhandlungen darüber unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollen (wogegen die zweite Internationale protestiert), spricht wie andere Zeichen für die Annahme, dass jenes Attentat vom Faschismus selbst ausgegangen sei. Dessen Geist illustriert folgende Aeusserung einer faschistischen Agentur unmittelbar nach jenem Ereignis: „Eine unvermeidliche standrechtliche Massenerschiessung wird die Seele der Nation wieder freier aufatmen lassen.“ Ganz Mussolini: eine Massenerschiessung (die vielleicht das Ziel jenes Attentates war?) lässt die Seele einer Nation freier aufatmen! Dabei soll Mussolini fromm geworden sein! Aus den faschistischen Gefängnissen werden Greuel gemeldet, die hinter denen der rumänischen und bulgarischen nicht zurückstehen. Vieles davon, wenn nicht alles, ist wahrscheinlich richtig. Die Opposition gegen das Regime scheint sich kräftiger zu regen — ein Symptom! Im übrigen: der Faschismus wäre eine nicht nur hochbedeutsame, sondern auch nicht unerfreuliche Erscheinung, wenn er nicht als Tyrannei und Terror aufträte. So aber kann das Ende nur ein Grauen sein.

Der

Autonomistenprozess

im Elsass, der sich in dem schönen Kolmar abspielt, wäre an sich geeignet,

Einig war man dagegen in bezug auf folgende Thesen: 1. alle Massnahmen, die auf eine ungleiche Behandlung der Rassen hinauslaufen, sind aufzuheben; 2. zur Sicherung des Friedens im Osten sind die Marinestationen in Singapur und Pearl Harbour auf Honolulu aufzugeben; 3. der Völkerbund scheint sein Augenmerk hauptsächlich auf den Schutz der Interessen der mächtigen Nationen zu richten.

Wenn die Asiaten unter sich noch nicht einig sind, so sind sie doch einig gegen die „Weissen“.

auch im Westen wieder das Feuer der Zwietracht höher aufflammen zu lassen, weil er in gewissen alldeutschen Kreisen die Hoffnung auf eine Wiedergewinnung des Elsass für das deutsche Reich neu beleben könnte. Er ist die Frucht törichter französischer Politik. Warum in aller Welt z. B. den Elsässern nicht ihre deutsche Sprache unangetastet lassen! Sind Völker und Regierungen wirklich ganz unfähig, von den Erfahrungen der Geschichte zu lernen? Der Chronist ist der Meinung, dass, um die übliche Formel anzuwenden, eine weitgehende Autonomie des Elsass im Rahmen des französischen Staates die beste Lösung des Problems wäre. Caeterum censeo: die staatlichen Grenzpfähle müssen ihre Wichtigkeit verlieren. Eine andere Lösung des Minderheitenproblems gibt es nicht. Möglichste Trennung von Kultur und Staatlichkeit! Das Elsass eine „Brücke“ zwischen Deutschland und Frankreich, vielleicht, fügen wir hinzu, doch auch ein Stück der Strasse, die von der Schweiz bis nach Holland und von dort nach dem Norden hinauf die „kleinen Völker“ verbände. Eine engere kulturelle Verbindung zwischen der Schweiz und dem Elsass entspräche ihrer Vergangenheit. (Bündnis zwischen Zürich, Mülhausen und Strassburg, die Fahrt mit dem Zürcher Hirsebrei nach Strassburg und so sort!) wie der gegenwärtigen Lage und wäre gewiss keine Gefahr für Frankreich.¹⁾ Eine Trennung des Elsass von Frankreich ist wohl ausgeschlossen, wird von der grossen Mehrheit der Elsässer nicht gewünscht und brächte niemandem Nutzen. Versailles muss vorwärts revidiert werden und nicht rückwärts.

Die Wahlen

gehen vorwärts. In Frankreich haben sie keine wesentliche Aenderung der Lage gebracht. Ein „Ruck nach links“, den sie sonst vielleicht ausgedrückt hätten, ist durch das Wahlsystem und die Taktik der Kommunisten verhindert worden. Für diese können ja alle Reaktionäre nicht genug dankbar sein. Ueber Poincarés Stellung schreibt Förster in der „Menschheit“ (Nr. 18) interessant als von einer neuen, sozusagen demokratischen oder „legalen“ Diktatur. Man könnte auch von der Diktatur des Vertrauensmannes reden.

Die Wahl des Kleinen Stadtrates und des Stadtpräsidenten von Zürich kann sich an weltpolitischer Bedeutung damit natürlich nicht vergleichen. Aber sie hat symptomatische Wichtigkeit. Der deutliche sozialistische Sieg zeigt, wie schon im letzten Heft bemerkt worden ist, dass übel berichtet ist, wer von einem Stillstand des Sozialismus träumt. Im übrigen haben diese Wahlen zwei Seiten: unserem schweizerischen Bürgertum tun sie gut, indem sie es aus seiner Sicherheit ein wenig aufrütteln und ihm ein Eppur si muove zu Gemüte führen, die Sozialdemokratie aber muss sich davor in Acht nehmen, solche Erfolge zu überschätzen. Direkt verhängnisvoll würden sie, einmal, wenn sie das Strebertum vermehrten, das sich der neuen Konjunktur zuwendete, sodann wenn sie die Notwendigkeit einer gründlichen Erneuerung sozialistischer Theorie und Praxis verdunkelten und als Erfolg einer gewissen Taktik verstanden würden. Dieser Irrtum würde sich ziemlich bald und gründlich rächen. Jene Taktik hat den Erfolg aufgehalten, er ist trotz ihr gekommen, weil so Vieles zum Sozialismus drängt. Aber eine solche Kon-

¹⁾ Solche Gesichtspunkte haben natürlich nichts zu tun mit alldeutschen Spekulationen, die bei gewissen Schweizern ihre Stellung zum elsässischen Problem beeinflussen. Im Kolmarer Prozess spielt die Schweiz in dieser Beziehung eine schlechte Rolle. Ausgerechnet Schweizer mussten diesen politisch zweifelhaften elsässischen „Autonomisten“ Geld liefern, so wie andere es Hitler und Ehrhardt lieferten. Warum schweigt unsere Presse dazu? Was hilft uns diese dumme Bauernschlauheit? Sie hindert andere nicht am Sehen und Urteilen.

Vergleiche im übrigen die Aufsätze von Ragaz und Schultz über das elsässische Problem, Neue Wege 1923 und 1927.

stellation kann auch wieder anders werden. Jedenfalls sind es nicht Wahlen, die uns den Sozialismus bringen.

Die deutschen Reichstagswahlen sind in dem Augenblick, da dies geschrieben wird, erst im Stadium der Vorbereitung. Unser katholischer Freund Nikolaus Ehlen, der sich für die christlich-soziale Reichspartei als Kandidat aufstellen lässt, richtet an die Wähler folgenden Aufruf, der uns nach Stil und Inhalt so bedeutsam und vorbildlich erscheint, dass wir ihn wörtlich wiedergeben möchten:

„Für das deutsche Volk. Für die Aermsten zuerst!

Ich will kämpfen in Wahrhaftigkeit — mit der Wahrheit — gegen das Lügen in Politik und Leben.

Ich will kämpfen, dass dem verarmten und entwurzelten Volk wieder der Heimatboden zurückgegeben werde.

In dem Eigenheim auf eigener Scholle liegt die sicherste natürliche Voraussetzung für wirtschaftliche Selbständigkeit, für körperliche Freiheit und sittliche Gesundung.

Kämpfen werde ich für eine gerechte Entlohnung jeglicher Arbeit gegen jegliche Ausbeutung.

Ich will kämpfen für die Versöhnung der Menschen und Völker, gegen jede Verhetzung und den kommenden Giftgaskrieg.

Ich will kämpfen insbesondere in der Schulfrage, für die Ehrfurcht vor der Majestät des persönlichen Gewissens.

Unser Grundsatz ist das, was der grosse Bischof Ketteler in den Worten ausdrückt:

„Ich habe den Bischofseid geleistet, den Waisen und Witwen Vater zu sein. Den Armen zum Recht zu helfen. Ich kann der Grosstadt das Evangelium nur künden, wenn ich seine Beobachtung möglich mache, wenn ich den Boden der Natur schaffe, auf dem der Tempel der Uebernatur aufwächst.“

So werden auch die Verzweifelten wieder Hoffnung finden.

Wer dafür unerschütterlich und ohne an sich zu denken jetzt und immer mitkämpfen will, der kann mir bei der Wahl seine Stimme geben.“

(Inzwischen haben die Wahlen stattgefunden. Sie haben den erwarteten Ruck nach links nun wirklich und in aller Deutlichkeit gebracht. Trotz allen notwendigen Vorbehalten darf man davon wohl einen günstigen Einfluss auf die Weltpolitik erwarten. Im übrigen gelten auch hier die Bemerkungen über die Zürcher Wahlen, bloss ins Grosse übersetzt. — Nikolaus Ehlen freilich ist nicht unter den Gewählten. 21. Mai.)

Militarismus und Antimilitarismus.

Ein betrübendes Ereignis war für viele von uns die Versammlung der Schweizerischen Völkerbundsvereinigungen in Vevey. Davon besonders! — Vom Fall Schwemmer wird auch anderwärts berichtet. Er schlägt doch ziemlich Wellen. Auch einige nicht sozialistische Zeitungen sprechen darüber ein kräftiges Wort (z. B. die neue zürcherische Zeitung die „Peripherie“ und der „Landschättler“). Interessant ist das Staunen gewisser Blätter darüber, dass ein Pfarrer einen Dienstverweigerer verteidige. Als ob das nicht ganz natürlich wäre! Es geschah übrigens bei diesem Anlass nicht zum ersten Mal. Pfr. Gerber hat schon dreimal und auch Pfr. Trautwetter einmal diese Aufgabe erfüllt. — Eine ganz feine Antwort auf das Urteil im Fall Schwemmer ist die Zustimmungsadresse der Zürcher Lehrer zu dem Vorgehen der Genfer mit ihren nun wohl mindestens 220 Unterschriften. Auch davon anderwärts mehr! — Bei Anlass der Jahrhundertfeier des Geburtstages von Henri Dunant, dem Gründer des Roten Kreuzes, haben die beiden Motta, der Bundesrat und der Pazifist (die zufällig in einem Körper hausen), folgendes gesprochen:

Der Pazifist: „Der Krieg ist verflucht.“

Der Bundesrat: „Wenn er nicht Notwehrkrieg ist.“

Der Pazifist: „Man muss, ohne je in seiner Zuversicht zu wanken, dafür arbeiten, dass der Krieg eines Tages abgeschafft wird.“

Der Bundesrat: „Unsere Armee soll stark sein, um ihrer Aufgabe genügen zu können.“

Pazifist und Bundesrat in einer Phrase verbunden: „Wen der Hauch der Liebe berührt hat, der überwindet Zeit und Tod.“ (Vgl. „Nat.-Zeitg.“ 7. V. 28.)

Inzwischen kündigt Scheurer, der Kollege Mottas, des Bundesrates, eine kommende Ausgabe von 30 Millionen für die Verbesserung unserer Militärfliegerei an. Da wird Motta, der Bundesrat, wieder eifrig dabei sein. „Der Hauch der Liebe, der von Giftgasbomben ausgeht, überwindet Zeit und Tod.“ Die 30 Millionen werden natürlich nur ein Anfang sein. Und alles im Dienst eines Truges, während man für die Alten kein Geld hat! Nun, für uns Antimilitaristen ist das ja gute Propaganda.¹⁾

England hat, ohne vom „Hauch der Liebe“ zu rednern, zum Zeichen eines gewissen Friedenswillens ein Programm für den Bau von Kreuzern von 6 auf 3 Schiffe herabgesetzt. Das ist wenigstens etwas.

Die Kelloggsche Bewegung auf die Aechtung des Krieges hin schreitet fort. Die Annahme seiner Vorschläge durch die Grossmächte scheint nun gesichert. Aber die Kleinen, warum sollen sie nicht dabei sein? Und wer verhindert, dass die Sache nicht zu einer neuen grossen Heuchelei wird? (Amerika in Nicaragua, England in Aegypten, Japan in China und so fort!) Jedenfalls dürfte die Nobelstiftung mit der Erteilung des Friedenspreises an Kellogg noch warten. Das alles unbeschadet des Wertes, den die Bewegung hat oder doch haben kann.

¹⁾ Eine antimilitaristische Propaganda furchtbarster Art bildet folgender Bericht:

„Giftgaskatastrophe in Hamburg. Hamburg, 21. Mai. Einige Hundert Gasbehälter, in denen Phosgen gas, ein während des Krieges viel angewendetes Giftgas, transportiert wurde, sind im Hafenviertel explodiert.“

Eine dichte Gaswolke treibt über dem Erdboden in der Hofestrasse, die im Hafengebiet liegt. In den nahegelegenen Kanälen wurden mehrere Fischer in ihren Booten bewusstlos, ebenso fielen zahlreiche Passanten auf den Quaistrassen zu Boden. Eine furchtbare Panik herrscht in Hamburg und in den Vororten, weil der Wind jeden Augenblick umschlagen und das Giftgas in irgend eine nicht vorherzusehende Richtung treiben kann. Die Bevölkerung der Stadtviertel von Veddel (in dem die Hofestrasse liegt) und Wilhelmsburg ist auf der Flucht. Alle verfügbaren Krankenwagen werden auf den Schauplatz des Unglücks gesandt; die Krankenhäuser sind belagert und von allen Seiten erfolgen Bitten um Hilfeleistung. Die Lüneburger Reichswehr hat die Räumung der am meisten gefährdeten Stadtviertel eingeleitet, während Reichswehr, Polizei und Feuerwehr das eigentliche Katastrophengebiet mit einem Kordon umgeben.

Die Milch, die in Hamburg zur Verfügung steht, ist für die Opfer requiriert worden. Nach den letzten Meldungen sind 60 Personen in Krankenhäusern in Behandlung genommen worden. Die Zahl der durch die Katastrophe vorübergehend obdachlos Gewordenen wird auf 30,000 geschätzt. Die Gefahr weiterer Gasexplosionen ist noch nicht behoben. Von den an Phosgen Erkrankten sind bereits elf Personen gestorben.“

Dies ist nur die erste Nachricht. Die Katastrophe wird mit jedem neuen Bericht furchtbarer. Und nun bedenke man, dass dies nur eine kleine Probe von dem ist, was im Kriege der Welt bevorsteht! 21. Mai.

Kulturelles.

In Mecklenburg-Strelitz haben sie einen russischen Kriegsgefangenen Jakubowsky hingerichtet, um einige Zeit nachher seine Unschuld zu entdecken. (Argument für die Todesstrafe!)

Die Engländer haben nun endgiltig das dem männlichen völlig gleiche Frauenstimmrecht eingeführt. Das ist ein Fortschritt. Ob die verschiedenen Ozean- und Nordpolüberfliegungen einer sind, ist zweifelhaft. Was hat die Welt davon? — Die Urner haben ihre uralte Landsgemeinde, das Einzige, was an ihrem politischen Leben originell und bedeutsam war, abgeschafft. Rationalisierung der Politik. Sic transit gloria mundi!

Wir haben irgendwo eine von einem Kenner der Sache aufgestellte Berechnung gelesen, wonach in der Stadt Zürich allein jährlich etwa acht Millionen Franken ins Kino getragen werden. Acht Millionen im Jahr — was wäre damit nicht zu machen!

„Kulturpropaganda!“ Widerspruch in sich selbst. Für eine „Kultur“ Propaganda machen, ist schlimmer als jede Barbarei.

Religiös-Soziales.

Eine Führertagung der deutschen religiösen Sozialisten (d. h. des „Bundes religiöser Sozialisten“), die in der Osterwoche in Eisenach stattfand, beschäftigte sich mit dem Zusammenstoss zweier verschiedener Auffassungen, die besonders durch Pfarrer Eckert auf der einen und Professor Hans Müller auf der andern vertreten sind. Eckert vertritt, wie unsere Leser wissen, eine Taktik, die den Marxismus billigt und einen Kampf gegen ihn vermieden sehen will, während Prof. Müller den Marxismus im Namen des Evangeliums aufs schärfste bekämpft, und zwar weniger dessen rein ökonomischen Theorien, als seine Taktik und Weltanschauung, die sich in der Lehre vom Geschichtsmaterialismus und der Forderung des Klassenkampfes konzentrieren.¹⁾ Es wäre erfreulich, wenn die deutsche Bruderbewegung von Zwist und Spaltung verschont bliebe, doch wird niemand die folgende Resolution, die in Eisenach einstimmig angenommen wurde, für eine wirkliche Lösung des Problems halten:

„1. Die religiösen Sozialisten kämpfen in bewusster Verantwortung vor Gott und den Menschen in und mit dem revolutionären Proletariat um die sozialistische Neuordnung; sie haben erkannt, dass die Religion beim Aufbau der sozialistischen Gemeinschaft eine entscheidende Rolle spielt.

2. Das privatkapitalistische System bedingt den Klassenkampf in der Wirtschaft, im Staate und in allen Beziehungen des gesellschaftlichen Lebens. Die besitzende und darum herrschende Klasse sucht das Bestehende zu sichern, die abhängige und besitzlose Klasse zu unterdrücken und zu ihrem Vorteil auszunützen.

Die unterdrückten Massen aber suchen sich zu befreien und eine bessere Art des Lebens der Menschen untereinander zu erzwingen.

Das Proletariat führt diesen Klassenkampf gemäss den Erkenntnissen, die es Karl Marx verdankt.

Jede Propaganda gegen diesen Kampf der Arbeiterschaft um die Neugestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ist vom Bund der religiösen Sozialisten aus unmöglich.

Das schliesst nicht aus, dass die religiösen Sozialisten wie alle anderen Sozialisten die fundamentalen Erkenntnisse der marxistischen Forschungs- und Arbeitsmethode studieren, kritisieren und an ihrer Ergänzung und Vertiefung arbeiten.

3. Die besondere Aufgabe der religiösen Sozialisten ist es, die Kräfte des

¹⁾ Eine Diskussion darüber findet man im „Neuwerk“ (Märzheft).

Evangeliums für das Leben des einzelnen Menschen und für den Aufbau der sozialistischen Gemeinschaft wirksam zu machen.

Sie führen darum einen entschlossenen Kampf gegen die antisozialistische Grundhaltung und Agitation der bestehenden Kirchen, der sich christlich nennenden Verbände und Zeitschriften.

Um dieses Ziel zu erreichen, sehen die religiösen Sozialisten keine andere Möglichkeit, als die Macht in den Kirchen zu erkämpfen.

4. Die religiösen Sozialisten sind überzeugt, dass der Sieg des Proletariats nicht aufgehalten werden kann, wenn der aus Not und Elend geborene Kampf der Mühlseligen und Beladenen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten von der Gewissheit durchdrungen wird:

Gott will es, dass wir alle Kräfte einsetzen für die neue, die kommende Ordnung, eine Ordnung der Gerechtigkeit, des Friedens und der brüderlichen Gemeinschaft.“

Veni, creator spiritus. Komm, Schöpfergeist!

16. Mai 1928.

L. R.

Der Fall Schwemmer. 1. Militärjustiz. Am 20. April wurde unser Freund Wolfgang Schwemmer vom Militärgericht in Zürich zur siebenten Haft verurteilt. Nachdem er seit 1917 wegen Dienstverweigerung aus Gewissensgründen vier und später nochmals acht Monate im Gefängnis gesessen und seit 1923 wegen Verweigerung von Schiesspflicht und Inspektion jedes Jahr mit Disziplinarstrafen von je zehn Tagen Haft gebüsst worden war, diktierte ihm dieses Mal das Militärgericht für Nichterscheinen zur Inspektion und Nichterfüllen der Schiesspflicht für 1927 zwei Monate Gefängnis und zwei Jahre Einstellung im Aktivbürgerrecht (!)

Der Angeklagte hatte klar und bestimmt erklärt, dass er an keinen Kriegsvorbereitungen teilnehme, weil der Krieg unchristlich sei und Gott von ihm Gehorsam gegen das Gewissen verlange. Trotzdem der Verteidiger, Pfarrer Lejeune, in eindringlicher Rede das Verständnis der Richter für die Handlung des Angeklagten zu wecken gesucht und namentlich auch nachgewiesen hatte, dass dessen Auffassung schon durch alttestamentliche Propheten, vor allem aber durch Christus, begründet sei, dass er nur das konsequent befolgt habe, was man jeden Sonntag von der Kanzel verkündige, und trotzdem selbst der Auditor die Ehrlichkeit seiner Gesinnung und die Ehrenhaftigkeit seines Charakters anerkannt hatte, wurde für das verhältnismässig kleine Vergehen die unbegreiflich harte Strafe verfügt.

Dabei stützte sich das Gericht auf den in diesem Falle direkt widersinnigen Grund der Rückfälligkeit; denn die Standhaftigkeit des Angeklagten ist doch gerade ein Beweis, dass wirklich Gewissensgründe vorliegen, die sich nicht beseitigen lassen, selbst wenn die Strafe hundertmal wiederholt würde. — Ebenso empörend ist die Einstellung im Aktivbürgerrecht mit der Begründung, dass die Verweigerung der „schwersten Pflicht“ auch den Entzug der bürgerlichen Rechte bedinge. Dabei war die absolute Ehrenhaftigkeit des Angeklagten von allen Richtern anerkannt und sogar durch vorzügliche Zeugnisse seiner früheren Truppenführer und Richter bekräftigt worden. Wolfgang Schwemmer hatte sich stets jeder Arbeit im Dienste seiner Mitmenschen unterzogen, im Zivildienst von Almens mitgearbeitet, sich auch wieder zur Verfügung gestellt für die Hilfsarbeiten im Ueberschwemmungsgebiet im Rheintal; er hat acht Jahre lang in einem Heim für arme verlassene Kinder in aufopfernder Hingabe mitgearbeitet für fünf Franken Taschengeld pro Monat (!), also wahrlich keine fehlende Bereitwilligkeit für den Dienst an der Volksgemeinschaft.

Das Gericht lehnte die Berechtigung des Handelns aus ethischen und religiösen Motiven strikte ab und fühlte sich durch die Aussage des Angeklagten, dass er einem Befehl Gottes zu gehorchen habe, veranlasst, an seiner

Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. Gibt es unsern Kirchen und religiösen Gemeinschaften nicht zu denken, wenn die höchsten und massgebendsten Stellen diejenigen, die mit der Realität Gottes rechnen, als geistig nicht normal erklären? Was sagen alle jene Synoden und religiösen Vereinigungen, welche sich bei der Besprechung der Zivildienstpetition mit der Versicherung beschwichtigen liessen, man übe gegen Verweigerer aus Gewissensgründen die grösste Milde und Rücksicht, zu dieser unerhört harten Strafe gegenüber einem ausgesprochen religiösen Verweigerer? Dürfen sie jetzt schweigen? — Nichts kann übrigens die absolute Verständnislosigkeit und Unkenntnis dieser Kreise einer ethisch-religiösen Bewegung gegenüber besser dokumentieren, als die unglaubliche Behauptung des Auditors, Lenin sei ein Schüler von Ragaz gewesen, die er bei einem Seitenhieb auf letzteren aussprach. — Das Gericht hatte auch sonst gegen alle sachlichen, rechtlichen und moralischen Erwägungen, die sich namentlich auch aus dem Vergleich mit andern, weit milder beurteilten Fällen konsequenterweise aufdrängten, völlig taube Ohren. Eines zeigte sich offensichtlich: je stärker alle geistigen und vernünftigen Gründe gegen seinen Standpunkt sprachen, desto mehr bestrebte es sich, die Gewalt, in deren Besitz es war, den Angeklagten fühlen zu lassen.

Das Gericht ahnt wohl nicht, wie sehr es durch die rigorose Anwendung seiner Gewaltmittel im Grunde öffentlich zeigt, dass sich das militärische System durch die ihm entgegentretenden geistigen Mächte bedroht fühlt, und wie wenig dessen Verteidiger darauf vertrauen, dass sein geistiges Fundament stark genug ist, um solchen „Anstürmen“ standzuhalten. So gern wir dem Angeklagten das Opfer, das er aufs neue zu bringen hat, erspart gesehen hätten, so mag ihm und mag auch uns zum Trost und zur Beruhigung dienen, dass das Gericht mit seinem Vorgehen ungewollt der Friedensbewegung den grössten Dienst erwiesen hat. „Ideen reifen schnell, wenn sie mit dem Blut der Märtyrer gespeist werden.“ (Mazzini.) Die Wahrheit dieses Wortes gilt auch hier. Die Geschichte zeigt es immer wieder, dass geistige Bewegungen durch Gewalt nicht vernichtet, sondern gefördert werden. Vielleicht aber werden diejenigen, welche heute noch zu Gericht sitzen über einen solchen Menschen, eines Tages die Weisheit des Wortes von Gamaliel erkennen (Ap.-Gesch. 5, 38) — mit welchem der Verteidiger seine Ausführungen schloss: — „Stehet ab von diesen Menschen und lasset sie! Denn ist dieser Rat oder dieses Werk von Menschen, so wird es zerstört werden; ist es aber von Gott, so vermöget ihr es nicht zu zerstören. Dass ihr nicht etwa gar als solche erfunden werdet, die wider Gott streiten!“ O. H.

2. Der Fall Schwemmer, über welchen der obenstehende Bericht eines Augenzeugen der Gerichtsverhandlung Auskunft gibt, gehört zum Allerschlimmsten, was sich der in Rechtsformen gekleidete schweizerische Militarismus erlaubt hat. Wolfgang Schwemmer gehört zu denen, die am frühesten, ihrer „Seele“ folgend, dem Moloch Glauben und Tribut verweigert haben. Aus äusserst schweren Verhältnissen heraus hat er den Schritt getan; ein ganzes Jahr dafür gebüsst, mehr als, ausgenommen vielleicht die Freunde Liechti und Karrer, bisher irgend einer von unseren Dienstverweigerern. Und seit fünf Jahren hat er Jahr für Jahr wegen Verweigerung der Schiesspflicht, des Kultus, dem der Schweizer jeden Samstag und Sonntag und dazu noch an besonderen grossen Festen dem helvetischen Baal weiht, für eine Woche ins Gefängnis wandern müssen. Alles, was die Freunde unternommen haben, um dieser ewigen Quälerei einmal ein Ende zu bereiten, war umsonst. Dabei handelt es sich um einen Mann von aussergewöhnlicher moralischer und religiöser Statur. Nachdem er in den Jünglingsjahren, als halber Knabe schon, einer grossen Familie den frühverstorbenen Vater ersetzend, glänzende Aussichten auf eigenes Vorwärtskommen freiwillig und freudig geopfert, brachte er als Mann seine reichen Gaben und den geliebten besonderen Beruf des Architekten der demütigsten dienenden Liebe zum Tribut. Dass seine Dienstverweigerung nicht ohne schwere Seelenkämpfe vor sich gehen konnte, ist bei

einem Menschen von solchem Ernst und solcher Kraft der religiösen Gewissenhaftigkeit selbstverständlich. Man weiss wie schwer es gerade einer tiefen, positiven christlichen Frömmigkeit fällt, mit äussern weltlichen Ordnungen in Konflikt zu geraten. Desto grösser ist die Tat, die aus solchem Kampfe entspringt. Aber Wolfgang Schwemmer war nicht bloss Dienstverweigerer: wo etwas Gutes und Schweres für die Menschen zu tun war, durfte man auf ihn mit Sicherheit zählen. Auch im Zivildienst hat er nicht gefehlt.

Und einen solchen Menschen wagt unser Militarismus mehr als ein Jahrzehnt lang immer neu zu misshandeln! Die letzte Gerichtsverhandlung setzte diesem Verhalten die Krone auf. Nicht einmal das ganz offenkundige Recht, sich durch eine vorher aufgeschriebene Rede zu verteidigen, wurde ihm vom sog. Grossrichter, dem Rechtsanwalt Dr. Eugster, zugestanden. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, dass eine grössere Anzahl seiner Freunde sich zur Gerichtsverhandlung eingefunden hätten — was doch ganz selbstverständlich war — und daraus abgeleitet, dass es mit seiner Gesinnung doch nicht ganz richtig bestellt sein müsse, da er nicht wage, damit allein zu stehen, wie denn dieser Umstand auch das Urteil beeinflusst zu haben scheint. Die prinzipielle Argumentation vollends sinkt unter das Minimum dessen, was man sogar von einem Militärgerichtsurteil erwarten dürfte. Man mag auf die geistige Höhe dieser Institution aus dem in dem Bericht unsres Freundes erwähnten Umstand schliessen, dass der Auditor, Staatsanwalt Dr. Pfenniger, Lenin zu meinem Schüler machte. Fast möchte ich sagen: „Zu viel der Ehre für mich, meine Herren Dummköpfe!“ Schade, dass Lenin das nicht mehr erfahren durfte. So also sieht es in den Köpfen von Männern aus, die über eine Angelegenheit von solcher geistiger Tragweite urteilen sollen! Wenn diese Herren sich im weiteren nicht entblöden, immer wieder mit dem Ammenmärlein aufzurücken, dass jede Aeusserung schweizerischen Antimilitarismus auf Verführung und direkte Anstiftung durch mich zurückgehe (ob aller Antimilitarismus überhaupt, auch der in England, Amerika, Neuseeland? Doch davon wissen ja diese Herren nichts, die lesen bloss die „Neue Zürcher Zeitung“ oder die „Zürcher Volkszeitung“!), so sei das nur nebenbei zur weiteren Charakteristik dieser Art erwähnt.

Endlich das Allermerkwürdigste: Die gleichen Leute, die einem Mann wie Wolfgang Schwemmer für zwei Jahre das Aktivbürgerrecht absprechen (was sonst nur geschieht, wo unehrenhafte Gesinnung angenommen wird) können sich nicht entschliessen, ihm das Recht abzusprechen, das „Ehrenkleid“ des Soldaten zu tragen. Das kann man also auch als unehrenhafter Mensch tragen! Dieses Aktivbürgerrecht hat man Wolfgang Schwemmer gelassen, wie man ja auch mit Andreas Martig und andern ähnlich verfährt. Es sei bei diesem Anlass erwähnt, dass eine Petition an den Bundesrat, die den Zweck hatte, endlich einmal wenigstens diese sinnloseste Form der Strafe — die Entziehung der bürgerlichen Rechte — von den Dienstverweigerern abzuwenden, völlig erfolglos geblieben ist. Ebenso erging es einer andern, die für diese Männer neuerdings wieder die Erlaubnis forderte, einen Zivildienst, statt des Militärdienstes, tun zu dürfen.¹⁾

Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht. Der Fall Schwemmer mahnt

¹⁾ Das gleiche Gericht, das durch seinen Spruch Wolfgang Schwemmers Strafe auf über fünfzehn Monate Gefängnis und drei Jahre Einstellung im Aktivbürgerrecht brachte, hat laut Zeitungsbericht wegen unzüchtigen Handlungen und Missbrauch eines Mädchens unter sechzehn Jahren (!) einen Korporal zu acht Monaten Gefängnis, Degradation und drei Jahren Einstellung im Aktivbürgerrecht, und zwei Motorfahrer zu je einem Jahr Zuchthaus, Ausstossung aus dem Heere und drei Jahren Einstellung im Aktivbürgerrecht verurteilt. Der eine der Motorfahrer wurde dem Bundesrat zur Begnadigung empfohlen. Also der Mann, der nicht töten will, wird schwerer bestraft als der Schänder eines jungen Mädchens!

zu allgemeinem Aufsehen. So darf es einfach nicht weiter gehen! Vielleicht, dass unser Freund durch das Uebermass seiner Leiden den Stein ins Rollen zu bringen hilft, der endlich wenigstens dem helvetischen Militärgötzen die Füsse zerschlägt.

Die schweizerischen Vereinigungen für den Völkerbund und die Abrüstung. Eine seltsame Jahresversammlung haben die schweizerischen Vereinigungen für den Völkerbund kurz nach Ostern — 15. April — in Vevey abgehalten. Sie lief nämlich auf eine Demonstration für die Nicht-Abrüstung der Schweiz hinaus. Die ganze Veranstaltung sah dem auch von Anfang an genau so aus, als ob eine geschickte Regie es auf die Erreichung dieses Zieles angelegt hätte. Als der geschickteste Zug aber in dieser geschickten Regie erschien unter diesem Gesichtspunkte die Berufung eines Sozialisten zum ersten Redner über das Abrüstungsthema. Ein Sozialist — das ist doch wohl das Radikalste, was man in Abrüstungssachen haben kann! Da können unsere „Extremen“ doch nichts mehr einwenden. Ja, ein Sozialist — es fragt sich nur, was für einer! De Brouckère — er ist dieser Sozialist — gehört zu den ausgesprochensten Vertretern des echten „Sozialpatriotismus“. Er ist ein Mann vom Schlage Paul Boncours. Nachdem er Schulter an Schulter mit Vandervelde an der Verteidigung Belgiens teilgenommen, fühlt er sich nun offenbar an diese Vergangenheit gebunden. Es liegt mir ganz fern, auf solche Männer einen Stein zu werfen. Aber ein Sozialist, ein Vertreter sozialistischer Stellung zu diesen Dingen? Nein, das vorzugeben ist eine Täuschung. Ein de Brouckère mag, wie ein Paul Boncour, in Genf, unter den dortigen Militaristen und Reaktionären, ganz am Platze sein, in dem Sinne, dass er dort, im Gegensatz zu diesen, ganz heilsam wirkt, aber wo es gälte, sich mit der radikalen Abrüstungsforderung auseinanderzusetzen — nein! Dieser bestellte Sozialist fungierte vielmehr genau nach Wunsch. Er war selbstverständlich für eine unbestimmte Abrüstung, schilderte aber besonders eindringlich ihre Schwierigkeiten. Vor allem aber pries er das Milizsystem und das schweizerische Heer, dessen vollkommenste Verkörperung, als die ideale Lösung des Militärproblems und als Vorbild der Völker.

Nun halte ich dies für einen gefährlichen Irrtum. Ich werde im nächsten Hefte zeigen, dass das Milizsystem, weit davon entfernt, den Militarismus zu verhindern, vielmehr die gefährlichste Brutstätte militärischen Patriotismus wird. Wir brauchen dabei nur an die Schweiz zu denken, müssen aber auch die Tatsache überlegen, dass der ganze europäische Militarismus, an dem wir im Begriffe sind zugrunde zu gehen, eng mit jener Einführung der mehr oder weniger vollständigen allgemeinen Wehrpflicht zusammenhängt, die uns die französische Revolution und dann die deutsche Erhebung gegen Napoleon gebracht haben, dass aber gerade diese allgemeine Wehrpflicht dem Milizsystem aufs engste verwandt ist. Wenn man heute die Abrüstung aufs schlaueste sabotieren will, so muss man also nur das Milizsystem, d. h. die gründliche Militarisierung des ganzen Volkes, als Rezept gegen den Militarismus ausgeben. Dessen Empfehlung ist denn auch oft so gemeint. Wir haben es hier wieder mit einem jener Wälle zu tun, die der angsterfüllte Militarismus gegen die steigende Flut der Abrüstungsforderung errichtet. Darüber müssen wir andern uns ganz klar sein.

Es ist nun möglich, dass de Brouckère ehrlich an das Milizsystem, das er nicht kennt, glaubt. Was man aber an seinem Verhalten aufs schärfste fadeln muss, ist die völlige Abwesenheit sozialistisch-internationalen Solidaritätsgefühls, die es ihm erlaubt, in die ihm doch wohl nicht ganz unbekannte Schweiz zu kommen und hier etwas zu vertreten, das dem, was alle schweizerischen Sozialisten ohne Unterschied anstreben, ins Gesicht schlägt. Ich brauche das Wort vom „In den Rücken fallen“ nicht gern — es wird oft im

Sinne einer falschen „Disziplin“ missbraucht — aber hier ist es am Platze und zwar auf empörende Weise.

Natürlich ist man über einen solchen Sozialisten in unseren bürgerlich-militaristischen Kreisen aufs höchste erbaut. „Das ist was anderes, als was unsere roten Antimilitaristen behaupten, so einen Sozialisten liessen wir uns gefallen.“ Dass das kein wirklicher Sozialist ist, sondern ein sozialistisch gefärbter Regierungsmann, wissen diese Herrschaften natürlich nicht, oder sie tun doch, als ob sie's nicht wüssten. Das wäre also trefflich gelungen.

Auf De Broukère folgte ein Professor Eugen Borel von Genf und führte die schon begonnene Linie weiter, indem er zeigte, dass die Schweiz für den Frieden überhaupt nichts besseres tun könne, als ihr Heer zu erhalten und auszubauen. Ob der Aussicht auf solche Friedensarbeit erstrahlten — nach einem brieflichen Bericht, den ich bekommen — die Mehrheit dieser „wahren Pazifisten“ vor Wonne, während freilich einige von der Minderheit es nicht mehr aushielten, sondern hinausgingen. Und nun sagt man uns, dass ausgerechnet dieser „wahre Pazifist“ die Schweiz an jenem Friedenskongress im Haag vertreten habe, wo die Schweiz sich dadurch auszeichnete, dass sie mit der damaligen deutschen Sabotage des Friedenswerkes durch dick und dünn ging. Gelernt scheint er seither nichts zu haben. Offenbar ist ein solcher Mann vor allem berufen, über die Abrüstungsfrage vor den Vereinigungen für den Völkerbund zu reden!

Es sprach dann freilich noch der Generalsekretär Professor Bovet in einem immerhin etwas anderen Geist und Stil, ohne aber, nach den mir vorliegenden Berichten, den Thesen der andern Redner mit der Deutlichkeit und Schärfe entgegenzutreten, die unbedingt nötig gewesen wären. So blieb der Gesamteindruck der, dass die Schweizerischen Vereinigungen für den Völkerbund zu dem System Scheurer ihren Segen gegeben hätten. Auch sie hätten zwar nichts dagegen, wenn andere Völker abrüsteten, betrachten aber eine Abrüstung der Schweiz als Verkehrtheit, ja als eine Schädigung des Friedens — was alle andern Völker genau so sagen! Tableau!

Nun denken aber nicht alle Mitglieder dieser Vereinigungen so. Es gibt eine „getreueste Opposition ihrer Majestät“, der obersten Leitung. Diese Opposition meldete sich für Vevey zum Worte. Aber das Wort wurde ihr nicht gewährt! Und das ist nun das Schlimmste an dieser Sache. Man berief sich auf die Tradition diskussionsloser Versammlungen bei diesem Anlass. Natürlich mit Unrecht. Bei den früheren Demonstrationen handelte es sich um die Proklamation von Ansichten, die im wesentlichen alle Anhänger des Völkerbundes teilen, diesmal aber um eine Demonstration für Ansichten, die eine nicht kleine Minderheit aufs schärfste bekämpft. Ob man ein solches Verfahren noch loyal nennen kann, möge der Leser selbst beurteilen. Ich hoffe, es sei nicht dies etwa der Sinn des „wahren Pazifismus“, den man uns „Radikalen“ entgegenhält.

Ob dieser Verlauf der Versammlung wirklich geplant worden ist, bleibe dahingestellt. Sicher ist, dass man von vornherein keinem Vertreter der Minderheit das Wort geben wollte. Und sicher ist, dass ein nicht kleiner Teil der Mitglieder dieser Vereinigungen alles eher will, als eine Abrüstung der Schweiz. Was diese Kreise vor allem bewegt, ist nicht etwa die heisse Sehnsucht nach der Abrüstung, sondern die schwere Angst vor einer Abrüstung der Schweiz. Ihr Kampf geht nicht in erster Linie gegen den Militarismus, sondern gegen den Antimilitarismus. Der Völkerbund ist ja für unsere bürgerlich-militaristischen Kreise zu ihrer denkbaren Verwunderung der festeste und sicherste Hort des schweizerischen Militarismus geworden. Sie begeistern sich für die — missdeutete und missbrauchte! — sogenannte Londoner Erklärung von 1920 fast mehr, als für den Rütli-pakt von 1291.

Wenn das nicht anders wird, dann wird die Völkerbundssache in der

Schweiz in Bälde, von allen vorwärtsführenden Kräften verlassen, an Geistlosigkeit und Untreue gegen sich selbst sterben. Möchten wenigstens einige der heutigen Wortführer der Mehrheit noch rechtzeitig bedenken, dass die Periode der Reaktion, durch die sie sich so stark beeinflussen lassen, schneller als sie denken gründlich in eine andere umschlagen könnte.

Was aber sollen wir ändern im Angesicht dieser Sachlage tun? Sollen wir aus diesen Vereinigungen austreten? Sollen wir gar den Völkerbund preisgeben?

Von dem Zweiten kann natürlich nicht die Rede sein. Beim Völkerbund handelt es sich bloss noch darum, wie er sei, nicht darum, dass er sei. Aber auch zum Austritt aus den schweizerischen Vereinigungen besteht vorläufig noch keine Notwendigkeit. Es ist, wie ich ja gezeigt habe, eine Opposition vorhanden. Ganze Sektionen denken in der Mehrheit anders, so z. B. die grösste und wichtigste von allen, die von Zürich, die auch in einem ganz andern Geist geleitet wird. Wir müssen bloss unsere Opposition noch kräftiger geltend machen. Und es müssen unsere Gesinnungsgenossen trotz den freundlichen Andeutungen gewisser Herren der „Rechten“, dass sie nicht hinein gehörten, in diese Vereinigungen hinein. Diese werden nur durch einen ehrlichen und entschlossenen Abrüstungswillen, der auch für die Schweiz gilt, am Leben erhalten und zu frischem Leben erweckt werden.

216 Zürcher Lehrer fordern mit den Genfern die sofortige völlige Abrüstung der Schweiz.

Nach den Neuenburgern die Zürcher! Nicht weniger als 216 Zürcher Lehrer stimmen den Genfern in der Forderung der sofortigen und völligen Abrüstung der Schweiz zu. Sie haben an die Genfer Lehrer folgende Adresse gerichtet:

„Liebe Genfer Kollegen!

Ihr hab't gewagt! Ihr habt den Mut gefunden, offen zu sagen, was viele von uns denken und fühlen. Euer Beschluss ist uns daher grosse Freude, und diese Freude drängt uns, euch von ganzem Herzen zu danken.

Euer Beschluss ist eine Tat der Freiheit. Aus Treue zu euerm Beruf habt ihr nicht mehr länger schweigen können. Klar und deutlich verkündet ihr die Unvereinbarkeit von Krieg und Schule. Damit habt ihr die Fesseln gesprengt, die immer mehr die Arbeit aller Erzieher einengten.

Euer Beschluss ist der Ausfluss eurer Liebe zum Vaterland. Darum wirkt er wie ein Band, das uns mit euch vereint. Grenzen der Sprache und Grenzen der Kantone habt ihr durchbrochen und eine geistige Gemeinschaft aufgerichtet zwischen euch und uns.

Euer Beschluss ist eine pädagogische Tat. Aus euern Worten strömt die Liebe zum Kinde, das uns Erziehern anvertraut ist, die Ehrfurcht vor dem Leben des Menschen. Ihr schafft damit die Grundlage, auf der allein wahre Erziehung möglich ist.

Euer Beschluss ist ein Eckstein am Friedenswerk. Ihr zeigt uns die Wege, wie wir durch Taten des Friedens Garantien des Friedens schaffen können. Euer Beschluss ist schon selber eine Friedensgarantie. Ueber unsere Grenzen hinaus ist euer Ruf gedrungen und hat uns verbunden mit Menschen anderer Länder, die wie wir arbeiten für den Frieden.

Und wie viel grösser wird erst diese friedliche Verbundenheit der übrigen Völker mit unserem Lande sein, wenn eure Forderungen erfüllt sind! Dass sie in nicht allzu ferner Zeit Wirklichkeit werden mögen, das erhoffen wir mit euch. Wir wollen daher zusammen mit euch unsere ganze Kraft einsetzen zur Ueberwindung des Krieges

aus Treue zu unserm Erzieherberuf,
aus Liebe zu unserm Vaterland,
aus Ehrfurcht vor allem Leben.“

G. Fröh.

Wir sprechen dieser wackeren Heerschar von Friedenskämpfern unter der zürcherischen Lehrerschaft unsern warmen Dank aus. Welcher Kanton wird der nächste sein? Man sieht es nun deutlich: La vérité est en marche!

Bern. Lichtbildervortrag: Der Hilfsdienst in Liechtenstein und Bergell. Referent: Oberst E. Ceresole, Arbeitsleiter. Freitag, den 25. Mai, 8¼ Uhr abends in der Aula des alten Gymnasiums (Waisenhausplatz).

Sonntag, den 10. Juni, gemeinsamer Nachmittags-spaziergang. Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Zu beiden Veranstaltungen ladet die „Neue Wege“-Leser herzlich ein
Der Ausschuss.

Aus der Arbeit

Mütterwoche im Bendeli.

Es sei hier noch einmal aufmerksam gemacht auf die Mütterwoche, die vom 3. bis 9. Juli im Bendeli im Toggenburg stattfindet, und auf die noch ein paar wenige Anmeldungen entgegengenommen werden können.

Das schon angekündigte Thema: Die Frau und die Jugend wird zunächst mehr allgemein eingeleitet werden von Frau Dr. med. R. Tschulok und Frau C. Ragaz. An einem Tag wird Frau Dr. med. Rorschach über das besondere Thema: „Mutter und Sohn“ reden. Fräulein H. Brack, Sekundarlehrerin, wird die Berufswahl der Mädchen behandeln. Es handelt sich aber auch dies Jahr nicht um „Vorträge“, sondern nur um Einleitungen zu Besprechungsstunden, in denen aus dem praktischen Leben heraus Erfahrungen und Beobachtungen ausgetauscht werden sollen, wie überhaupt das ganze Zusammenleben den Stempel der gegenseitigen Hilfe tragen soll.

Nähere Auskunft erteilen gerne: Frau C. Ragaz, Gartenhofstrasse 7, Zürich; Frau L. Wettler, Wonnebergstrasse 69, Zürich.

Ein Mütter-Ferienheim.

In Neu-St. Johann, einem reizend gelegenen Dörfchen am oberen Ende der Toggenburgerbahn, wurde ein Ferienheim eröffnet, das eigens für die Aufnahme von Müttern mit ihren Kindern (im Alter von 2—8 Jahren) eingerichtet ist.

Der Gründung des Heimes liegt die Erfahrung zu Grunde, dass sich müde, erholungsbedürftige Familienmütter oft nicht entschliessen können, in die Ferien zu gehen, da sie sich aus innern oder äussern Gründen nicht von ihren kleinen Kindern trennen wollen.

Das Ferienheim „Sonne“ bietet den Müttern die Möglichkeit, ihre Kinder mit sich in die Ferien zu nehmen; damit sie sich trotzdem gut ausruhen können, werden ihnen die Kleinen tagsüber abgenommen und der Obhut einer Kindergärtnerin anvertraut.

Die Mütter haben Gelegenheit zu schönen Spaziergängen, sorgloser Liegekur im Freien und im Zimmer oder zu fröhlichem und anregendem Beisammensein bei Lektüre, Spiel und allerlei Handarbeiten.

Soweit Platz ist, steht das Heim auch alleinstehenden Frauen offen.

Der Pensionspreis für Erwachsene beträgt Fr. 5.— pro Tag, für Kinder Fr. 2.50.

Prospekte und nähere Auskunft erteilt die Leiterin

Inès Zürcher,
Ferienheim „Sonne“, Neu-St. Johann, Toggenburg.